



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 6. bis 9. September 2010

Premiere: Kommissionspräsident Barroso hält eine Ansprache zur Lage der Union 3

Am Dienstag wird zum allerersten Mal der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, eine "Ansprache zur Lage der Union" im Europäischen Parlament in Straßburg halten. Die anschließende Debatte bietet den Abgeordneten die Gelegenheit, die Entwicklungen in der EU seit den Wahlen im Juni 2009 und dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Dezember 2009 mit Präsident Barroso zu bewerten.

Ausweisung von Roma in Europa..... 4

Frankreich hat in diesem Sommer Hunderte von Roma nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen - seit Januar wurden mehr als 8.000 Roma abgeschoben. Einige Europaabgeordnete haben die Rechtmäßigkeit solcher Ausweisungen hinterfragt. Das Parlament wird daher mit der Kommission darüber diskutieren, ob die französischen und andere nationale Behörden die Freizügigkeit und die Grundrechte der Roma verletzt haben. Am Dienstag soll eine diesbezügliche Entschließung verabschiedet werden.

EU-Abgeordnete erörtern Hilfeleistungen für die Opfer der Überschwemmung in Pakistan diskutieren..... 5

Die Überschwemmungen in Pakistan und die Reaktion der EU auf die humanitäre Krise werden am Dienstag im Mittelpunkt einer Debatte mit der Kommission stehen. Letzten Dienstag hatten die Abgeordneten des Entwicklungsausschusses die EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, darauf hingewiesen, dass die EU-Hilfeleistungen für die zerstörte Überschwemmungsregion einer besseren Koordinierung bedürfe und vor Ort sichtbar sein müsse.

Neue Einschränkungen für Tierversuche 6

Künftig könnten per Gesetz weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Abkommen vor, der im Juli mit dem Rat ausgehandelt wurde. Das Parlament muss diesem Kompromiss noch zustimmen. Demnach müssten die nationalen Behörden die Folgen jedes wissenschaftlichen Versuchs auf das Wohlergehen des Tieres bewerten. Damit sollen alternative Untersuchungsmethoden gefördert und das Leiden der Tiere vermindert werden.

Der Präsident der Republik Mali wird eine Rede vor dem Europäischen Parlament halten 7

Der Präsident des größten Landes Westafrikas, Mali, wird sich Dienstagmittag um 12 Uhr in einer feierlichen Sitzung mit einer Rede an das Europäische Parlament richten. Präsident Amadou Toumani Touré, bekannt auch als ATT, könnte folgende Themen in seiner Ansprache anschnitten: Malis erfolgreicher Übergang zur Demokratie während der letzten 20 Jahre, die Millenniumsentwicklungsziele vor der September-Sitzung der UN in New York sowie Sicherheitsfragen in der Sahel-Region.

Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA): Jüngste Verhandlungen werden erörtert..... 8

Die EU-Abgeordneten werden am Mittwoch mit der Kommission über die laufenden Verhandlungen zum multilateralen Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA) diskutieren. Die 10. Runde der ACTA-Verhandlungen fand vom 16. bis 20. August 2010 in Washington statt.

Wieder auf der politischen Tagesordnung: Pressefreiheit in der EU..... 9



Plenartagung

Das Europäische Parlament wird über Einschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die staatliche Kontrolle über die Medien in mehreren Mitgliedstaaten am Dienstag mit der Europäischen Kommission diskutieren.

Braucht es ein EU-Gesetz, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu bekämpfen? 10

Gleichgeschlechtliche Paare werden in der EU nach wie vor diskriminiert, vor allem am Arbeitsplatz, im Studium und auch bei innereuropäischen Reisen. Unabhängig davon, ob die Paare verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben, wird der Partner von vielen Mitgliedstaaten rechtlich nicht als Familienmitglied anerkannt. Die Abgeordneten werden daher die Kommission über das Fehlen von konkreten Vorschlägen zu diesem Thema befragen.

Sakineh und Zahra: Menschenrechte im Iran..... 11

Das Europäische Parlament wird über die Lage der Menschenrechte im Iran diskutieren. Die Debatte wird sich dabei vor allem auf zwei jüngere Fälle konzentrieren. So wurde die Iranerin Sakineh Mohammadi-Ashtiani des außerehelichen Sexualverkehrs beschuldigt und zum Tode durch Steinigung verurteilt. Ein zweiter Fall betrifft Zahra Bahrami, Staatsbürgerin der Niederlande und des Iran, die im Dezember 2009 während der Proteste des Ashura-Tages in Teheran festgenommen wurde.

Freihandelsabkommen EU-Korea: Abstimmung über Schutzklauseln für die europäische Industrie..... 12

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea soll von bilateralen Schutzklauseln begleitet werden. Demnach kann das Parlament oder eine vom Importanstieg aus Korea betroffene Branche eine Überprüfung veranlassen, ob Handelsschutzklauseln notwendig sind. Das Parlament würde die Situation der europäischen Automobilindustrie besonders aufmerksam beobachten.

EU-Schweiz: Den Grenzverkehr für Arbeitnehmer erleichtern..... 13

Jeden Tag gehen etwa 200.000 Grenzgänger aus der EU oder den EFTA-Ländern in die Schweiz zur Arbeit. Um die Freizügigkeit von Menschen und Dienstleistungen zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU voranzubringen, hat das Europäische Parlament diesbezügliche Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Weitere Tagesordnungspunkte..... 13

Ayla Sultan CICEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74005
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Michael KACZMAREK

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 0151 17257196
EMAIL: michael.kaczmarek@europarl.europa.eu

Georg PFEIFER

STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Verfolgen Sie die Plenarsitzung live auf EuroParlTV](#)
- [Verfolgen Sie die Live-Übertragungen der Plenarsitzung auf EP Live](#)

Plenartagung

Premiere: Kommissionspräsident Barroso hält eine Ansprache zur Lage der Union

Am Dienstag wird zum allerersten Mal der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, eine "Ansprache zur Lage der Union" im Europäischen Parlament in Straßburg halten. Die anschließende Debatte bietet den Abgeordneten die Gelegenheit, die Entwicklungen in der EU seit den Wahlen im Juni 2009 und dem Inkrafttreten des Lisabon-Vertrages im Dezember 2009 mit Präsident Barroso zu bewerten.

Plenartagung

Ausweisung von Roma in Europa

- Fragen nach der Legalität der Ausweisung
- Bestehende Maßnahmen zur Eingliederung der Roma sollen bewertet werden

Frankreich hat in diesem Sommer Hunderte von Roma nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen - seit Januar wurden mehr als 8.000 Roma abgeschoben. Einige Europaabgeordnete haben die Rechtmäßigkeit solcher Ausweisungen hinterfragt. Das Parlament wird daher mit der Kommission darüber diskutieren, ob die französischen und andere nationale Behörden die Freizügigkeit und die Grundrechte der Roma verletzt haben. Am Dienstag soll eine diesbezügliche Entschließung verabschiedet werden.

Das Parlament hatte bereits im März eine Entschließung zur Lage der Roma verabschiedet. Darin fordern die Europaabgeordneten, das Scheitern der Roma-Politik zur sozialen Integration der Roma kritisch zu untersuchen, da bisher noch "keine zufriedenstellenden Fortschritte erzielt" wurden. Die Abgeordneten betonen zudem, dass die Mitgliedstaaten die finanzielle Förderung aus dem EU-Strukturfonds gezielt für die Integration der Roma einsetzen sollen und dass die Umsetzung lokaler Integrationsprojekte objektiv beobachtet werden soll.

Die Kommission reagierte auf die Forderungen der Abgeordneten im April mit einem detaillierten Plan, wie die wirtschaftliche Integration der Roma in Europa verbessert werden soll.

Auf Antrag der S&D-Fraktion wird das Parlament am Mittwoch mit der Kommission auch über die "befristeten Einschränkungen, denen die rumänischen und bulgarischen Bürger auf dem EU-Arbeitsmarkt unterliegen", diskutieren.

Berichterstatterin: Lívia JÁRÓKA (EVP, Ungarn)

Verfahren: Erklärung der Kommission + Resolution

Aussprache: Dienstag, 7. September 2010, 15 Uhr

Abstimmung: Mittwoch, 8. September 2010

Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatterin](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Entschließung zur Lage der Roma, 25. März 2010](#)

Plenartagung

EU-Abgeordnete erörtern Hilfeleistungen für die Opfer der Überschwemmung in Pakistan diskutieren

Die Überschwemmungen in Pakistan und die Reaktion der EU auf die humanitäre Krise werden am Dienstag im Mittelpunkt einer Debatte mit der Kommission stehen. Letzten Dienstag hatten die Abgeordneten des Entwicklungsausschusses die EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, darauf hingewiesen, dass die EU-Hilfeleistungen für die zerstörte Überschwemmungsregion einer besseren Koordination bedürfe und vor Ort sichtbar sein müsse.

Für mehrere Abgeordnete stehen diese Überschwemmungen mit dem Klimawandel im Zusammenhang. Andere wiederum befürchten, dass Extremisten die Krise für ihre eigene Zwecke ausnutzen könnten.

Berichterstatter: Politische Fraktionen

Verfahren: Stellungnahme der Kommission

Aussprache: Dienstag, 7. September 2010, 15 Uhr

Plenartagung

Neue Einschränkungen für Tierversuche

- Regierungen werden verpflichtet, das Wohlergehen der Tiere bei wissenschaftlichen Experimenten zu überprüfen
- Tierversuche nur noch erlaubt, wenn es keine effiziente alternative Methode gibt

Künftig könnten per Gesetz weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Abkommen vor, der im Juli mit dem Rat ausgehandelt wurde. Das Parlament muss diesem Kompromiss noch zustimmen. Demnach müssten die nationalen Behörden die Folgen jedes wissenschaftlichen Versuchs auf das Wohlergehen des Tieres bewerten. Damit sollen alternative Untersuchungsmethoden gefördert und das Leiden der Tiere vermindert werden.

Nach dem neuen "Grundsatz der Vermeidung, Verminderung und Verbesserung" müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass, sofern alternative Testmethoden existieren, diese anstatt Tierversuchen angewandt werden. Tödliche Tierversuche dürfen nur noch genehmigt werden, wenn die Tiere mit geringst möglichen Schmerzen, Leiden und Ängsten getötet werden und dennoch verwertbare Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung erzielt werden können. Die neue Tierversuchsrichtlinie verschärft zudem die Regeln für die Verwendung von Primaten für wissenschaftliche Zwecke: sie klassifiziert die Tests nach ihrer Schwere und sie konkretisiert die notwendigen Inspektionen, die eine Einhaltung der neuen Regeln gewährleisten sollen.

Dieser mit dem Rat ausgehandelte Kompromiss versucht, einen verbesserten Tierschutz und die Erforschung von Mitteln gegen Krankheiten besser in Einklang zu bringen, meint Elisabeth JEGGLE (CDU), Berichterstatterin im Europäischen Parlament. Wenn die Europaabgeordneten dieser neuen Tierversuchsrichtlinie zustimmen, wird sie in zwei Jahren in Kraft treten.

Berichterstatterin: Elisabeth JEGGLE (CDU, Deutschland)

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), 2. Lesung, endgültige Einigung

Aussprache: Mittwoch, 8. September 2010

Abstimmung: Donnerstag, 9. September 2010

Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatterin](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Limiting animal testing without hindering scientific research", 12.07.2010, \(in Englisch\)](#)
- [Bericht zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere](#)

Plenartagung

Der Präsident der Republik Mali wird eine Rede vor dem Europäischen Parlament halten

Der Präsident des größten Landes Westafrikas, Mali, wird sich Dienstagmittag um 12 Uhr in einer feierlichen Sitzung mit einer Rede an das Europäische Parlament richten. Präsident Amadou Toumani Touré, bekannt auch als ATT, könnte folgende Themen in seiner Ansprache ansprechen: Malis erfolgreicher Übergang zur Demokratie während der letzten 20 Jahre, die Millenniumsentwicklungsziele vor der September-Sitzung der UN in New York sowie Sicherheitsfragen in der Sahel-Region.

Malis nächste Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden voraussichtlich im April bzw. Juli 2012 abgehalten.

Berichterstatter: Vorsitzende der politischen Fraktionen und Parlamentspräsident Jerzy Buzek

Verfahren: Feierliche Sitzung

Aussprache: Dienstagmittag, 7. September 2010, 12 Uhr

Plenartagung

Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA): Jüngste Verhandlungen werden erörtert

Die EU-Abgeordneten werden am Mittwoch mit der Kommission über die laufenden Verhandlungen zum multilateralen Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA) diskutieren. Die 10. Runde der ACTA-Verhandlungen fand vom 16. bis 20. August 2010 in Washington statt.

ACTA soll die Urheberrechte stärken und den Kampf gegen Fälschungen und Piraterie unterstützen. Das Europäische Parlament hatte am 10. März 2010 in einer Entschließung dazu aufgerufen, die Verhandlungen transparent zu führen. Die Europaabgeordneten forderten zudem, dass an EU-Grenzen keine Personendurchsuchungen durchgeführt werden und dass keinerlei Three-Strikes-Regelungen zur Kappung der Internetverbindung vereinbart werden, wie sie als Strafe nach drei Online-Urheberrechtsverstößen diskutiert wurden. Das Parlament bestand außerdem darauf, dass der weltweite Zugang zu preiswerten und sicheren Medikamenten durch ACTA unter dem Vorwand des Kampfes gegen Produktfälschung nicht beeinträchtigt werden dürfe.

Verfahren: Stellungnahme der Kommission

Aussprache: Mittwoch, 8. September 2010

Abstimmung: (noch zu bestätigen)

Weitere Informationen:

- [Entschließung des EP zur Transparenz und zum Stand der ACTA-Verhandlungen, 10. März 2010](#)
- [Pressemitteilung zur Entschließung des EP: "Anti-counterfeiting agreement: Parliament must be fully informed", 10.03.2010, \(in Englisch\)](#)
- [Website der Kommission zu ACTA \(in Englisch\)](#)

Plenartagung

Wieder auf der politischen Tagesordnung: Pressefreiheit in der EU

Das Europäische Parlament wird über Einschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die staatliche Kontrolle über die Medien in mehreren Mitgliedstaaten am Dienstag mit der Europäischen Kommission diskutieren.

Im vergangenen Jahr haben die EU-Abgeordneten im Oktober alle Resolutionsvorschläge zur Pressefreiheit in Italien und anderen Mitgliedstaaten aufgrund der bestehenden, sehr unterschiedlichen Ansichten im Parlament abgelehnt. Neun Entschließungsanträge waren von den verschiedenen politischen Fraktionen eingereicht worden. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte ihre Bedenken über die Situation der Pressefreiheit in mehreren Ländern der EU in einem diesbezüglichen Bericht geäußert.

Verfahren: Erklärung der Kommission

Debatte: Dienstag, 7. September 2010, 21 Uhr

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Plenum, 21. Oktober 2010](#)
- [Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa \(OSZE\), veröffentlicht im Juli 2010.](#)

Plenartagung

Braucht es ein EU-Gesetz, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu bekämpfen?

Gleichgeschlechtliche Paare werden in der EU nach wie vor diskriminiert, vor allem am Arbeitsplatz, im Studium und auch bei innereuropäischen Reisen. Unabhängig davon, ob die Paare verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben, wird der Partner von vielen Mitgliedstaaten rechtlich nicht als Familienmitglied anerkannt. Die Abgeordneten werden daher die Kommission über das Fehlen von konkreten Vorschlägen zu diesem Thema befragen.

In der von den Fraktionen Grüne/EFA und VEL/NGL sowie mehreren Parlamentariern anderer Fraktionen unterstützten mündlichen Anfrage wird auf das Stockholm-Programm für den Zeitraum 2010-2014 hingewiesen. Das Programm sieht für diesen Zeitraum neue Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung vor. Jedoch merken die Abgeordneten an, dass die Europäische Kommission noch keine Vorschläge für konkrete Maßnahmen erbracht habe. Diese sollen sicherstellen, dass sich Partner gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften innerhalb der EU frei bewegen und aufhalten können.

Berichterstatter: Grüne/EFA-Fraktion, VEL/NGL-Fraktion, Michael CASHMAN (S&D, UK), Britta THOMSEN (S&D, Dänemark), Sophia in't VELD (ALDE, Niederlande), Sirpa PIETIKÄINEN (EVP, Finnland)

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission

Debatte: Mittwoch, 8. September 2010, 21Uhr

Weitere Informationen:

- [Parlamentarische Anfrage](#)

Plenartagung

Sakineh und Zahra: Menschenrechte im Iran

Das Europäische Parlament wird über die Lage der Menschenrechte im Iran diskutieren. Die Debatte wird sich dabei vor allem auf zwei jüngere Fälle konzentrieren. So wurde die Iranerin Sakineh Mohammadi-Ashtiani des außerehelichen Sexualverkehrs beschuldigt und zum Tode durch Steinigung verurteilt. Ein zweiter Fall betrifft Zahra Bahrami, Staatsbürgerin der Niederlande und des Iran, die im Dezember 2009 während der Proteste des Ashura-Tages in Teheran festgenommen wurde.

Niederländische Europaabgeordnete riefen Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, kürzlich dazu auf, diese Angelegenheit mit den iranischen Behörden zu besprechen.

Das Plenum wird am Donnerstag eine Resolution zu der Lage der beiden Frauen verabschieden.

Aussprache: Donnerstag, 9. September 2010

Verfahren: Dringliche Resolution (zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen)

Plenartagung

Freihandelsabkommen EU-Korea: Abstimmung über Schutzklauseln für die europäische Industrie

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea soll von bilateralen Schutzklauseln begleitet werden. Demnach kann das Parlament oder eine vom Importanstieg aus Korea betroffene Branche eine Überprüfung veranlassen, ob Handelsschutzklauseln notwendig sind. Das Parlament würde die Situation der europäischen Automobilindustrie besonders aufmerksam beobachten.

Sollten Zollermäßigungen zu einem übermäßigen Importanstieg aus Korea führen, könnte die EU Schutzmaßnahmen verhängen. Damit sollen europäische Hersteller geschützt werden, denen durch den Importanstieg aus Korea "eine bedeutende Schädigung" entsteht oder zu entstehen droht. In einer Krisensituation, in der eine Verzögerung in der Entscheidungsfindung zu einem schwer wieder gutzumachenden Schaden führen würde, können vorläufige Sofortmaßnahmen getroffen werden. Die Republik Korea ist der achtgrößte Handelspartner der EU, wobei der europäische Markt für koreanische Exporte an zweiter Stelle steht.

Die EU könnte mit Hilfe dieser Schutzklauseln die weitere Senkung des Zollsatzes aussetzen oder den Meistbegünstigungszollsatz wiedereinführen. Falls die steigenden Importe vornehmlich einen oder einige Mitgliedstaaten betreffen, aber nicht alle, so kann die Kommission in zeitlich begrenzten Ausnahmefällen Schutzklauseln für die betroffenen Mitgliedstaaten genehmigen. Das geht aus dem Berichtsentwurf des Ausschusses für internationalen Handel hervor.

Die Europaabgeordneten fordern eine spezifische Beobachtung der Automobilherstellung und anderer damit verbundener Branchen. Diese Wirtschaftszweige zählen zu den Branchen, die durch das Freihandelsabkommen einem erhöhten Wettbewerb ausgesetzt werden können.

Jeder Mitgliedstaat, die Kommission, das Parlament, die Interne Beratende Gruppe EU-Korea und jede Vereinigung, die mindestens 25 Prozent eines Wirtschaftszweiges der Union vertritt, sollte die Möglichkeit haben, eine Untersuchung über die Notwendigkeit von Schutzklauseln einzuleiten. Die Europaabgeordneten wollen die maximale Dauer der Untersuchung auf 200 Tage beschränken. Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Untersuchung auf sechs Monate und eine Verlängerungsfrist von weiteren drei Monaten anzulegen.

Berichtersteller: Pablo ZALBA BIDEGAIN (EVP, Spanien)

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), 1. Lesung

Aussprache: Mittwoch, 8. September 2010

Abstimmung: Mittwoch, 8. September 2010

Weitere Informationen:

- [Profil des Berichterstatters](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Green light from Trade Committee for safeguard clause in EU-South Korea trade accord", 23.06.2010, \(in Englisch\)](#)
- [Bericht über den Vorschlag einer Verordnung zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Korea](#)
- [Webseite der Europäischen Kommission zu den Handelsbeziehungen der EU mit Südkorea \(in Englisch\)](#)

Plenartagung

EU-Schweiz: Den Grenzverkehr für Arbeitnehmer erleichtern

Jeden Tag gehen etwa 200.000 Grenzgänger aus der EU oder den EFTA-Ländern in die Schweiz zur Arbeit. Um die Freizügigkeit von Menschen und Dienstleistungen zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU voranzubringen, hat das Europäische Parlament diesbezügliche Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Seit die Schweiz 1999 das Abkommen über die Freizügigkeit von Personen unterzeichnet hat, ist die Zahl der Arbeitnehmer und selbständigen Dienstleistungserbringer aus der EU, die in der Schweiz tätig sind, signifikant gestiegen. Jedoch muss noch eine Reihe von Fragen geklärt werden, um die Umsetzung der Freizügigkeit von Dienstleistungen sicherzustellen und zu beschleunigen.

Die Abgeordneten schlagen im Berichtsentwurf vor, das Notifizierungsverfahren für neue EU-Regelungen und -Rechtsvorschriften im Bezug auf Angelegenheiten des Binnenmarkts auf eine formelle Grundlage zu stellen. Des Weiteren soll die Überwachung des Umsetzungsprozesses zu beiderseitigem Nutzen, der EU und der Schweiz, verbessert werden.

Berichtersteller: Rafal TRZASKOWKI (EVP, Polen)

Verfahren: Initiativbericht

Abstimmung: Dienstag, 7. September 2010

Weitere Informationen:

- [Profil des Berichterstatters](#)
- [BERICHT über das Thema EWR-Schweiz: Hindernisse für die vollständige Verwirklichung des Binnenmarktes](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Die folgenden Debatten und Abstimmungen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung:

Finanzierung und Arbeitsweise des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Verknüpfung von Unternehmensregistern

Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I)

Gesellschaftliche Integration von Frauen, die ethnischen Minderheitengruppen angehören

Die Rolle der Frau in einer alternden Gesellschaft

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union

Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Gesetzentwurf zu NRO in Israel

Plenartagung

Der Zustand des Jordan unter besonderer Berücksichtigung des Gebiets an seinem Unterlauf

Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau

Erschließung des Beschäftigungspotenzials einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsweise

Journalismus und neue Medien - Schaffung eines europäischen öffentlichen Raums